



10. APRIL 1976

REDE DES VORSITZENDEN DER CDU, HELMUT KOHL, AUF DER GROßKUNDGEBUNG DER JUNGEN UNION ANLÄSSLICH DER AKTION MENSCHENRECHTE IN GELSENKIRCHEN

Wir sind heute hier zusammengekommen zu einer wichtigen Sache. Zu einer Sache, die Bedeutung hat über den Tag und über die Stunde hinaus, die nichts zu tun hat mit Wahlkampf und Demonstration politischer Gegensätze jetzt im Wahljahr, sondern die zu tun hat mit einer Grundlage der deutschen Demokratie. Diese Aktion heißt: Aktion Menschenrechte. Und das ist die Luft zum Atmen in der Gemeinschaft der Völker. Das ist die Voraussetzung für Glück, das ist die Voraussetzung für die Zukunft unseres Vaterlandes.

Wir haben in diesen Tagen manche Sorgen. Ich erinnere nur an die Arbeitslosigkeit, gerade bei den jungen Leuten, und an die Inflationsgefahr. Dies nehmen wir alle bitter ernst. Aber das Thema, das uns heute bewegt, reicht viel weiter. Es ist ein Thema, das mit der politischen Kultur unserer Zeit zu tun hat. Und deswegen ist dies die Stunde einer prinzipiellen Besinnung auf die eigentlichen Werte, auf die eigentlichen Grundlagen dessen, was wir tun. Und wenn Sie eben in der Rede Ludwig Pachmanns miterlebt haben, wie hier ein Mann das Auf und Ab dieses großen Themas Menschenrechte am eigenen Leib erlebt hat, so steht er für viele in Europa und in der Welt, auch für viele, die in deutschem Namen für Menschenrechte stritten und sogar ihr Leben hingaben, damit unsere Generation es endlich begreift. Ich kann der Jungen Union nur gratulieren zu der Idee, die große Demonstration für Menschlichkeit und Menschenrechte gerade hier in dieser Stadt, mitten im Ruhrgebiet, abzuhalten.

Menschenrechte und Menschlichkeit - das ist die Frage nach dem Verhalten von uns allen im Alltag. Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden, der immer nur wahrer Frieden ist, wenn er die Menschenrechte umfasst, das sind die Visionen, das sind die Sehnsüchte der Menschen. Wenn wir heute voll Traurigkeit feststellen, dass, nach der Zahl der Menschen gemessen, weitaus die Mehrheit der auf diesem Erdball lebenden Menschen diese Visionen nicht erreichen konnte, dann muss uns das anspornen.

Vor der Geschichte werden die Völker nicht danach gewogen, ob sie besseren Konsum haben, ob sie schnellere und bessere Autos fahren und mehr Freizeit haben. Vor der Geschichte werden die Völker gemessen, ob sie mit kräftiger Handschrift Werke des Friedens, Werke der Freiheit und Werke der Menschlichkeit ins Buch der Geschichte eingetragen haben. So werden wir gemessen, ob es uns in unserer Generation gelun-

gen ist, für die Menschen in aller Welt danach zu streben, dass ihr Leben auf der Grundlage der Menschenrechte gestaltet werden kann, dass sie sich selbst verwirklichen können.

Wir müssen uns fragen, ob wir alles getan haben, die Zukunft nicht dem Spiel blinder Mächte und den Zwängen ideologischer Gesetzmäßigkeiten auszuliefern. Wir müssen uns fragen: Hatten wir alle und zu jeder Zeit den Mut, es mit den Feinden der Freiheit und der Menschlichkeit aufzunehmen? Unsere Antworten werden über die Zukunft unserer Generation und der nach uns kommenden entscheiden. Diese Aktion Menschenrechte der Jungen Union Deutschlands ist ein Stück unserer Antwort. Sie ist eine Antwort auf eine der großen Krisen der Gegenwart, nämlich auf die Krise der Menschlichkeit.

Kein Volk und keine Nation, auch nicht die Deutschen, werden eine Zukunft haben, wenn sich nicht alle und besonders die jungen Menschen mit Entschiedenheit und mit Leidenschaft gegen Ungerechtigkeit, gegen Unmenschlichkeit, gegen Not und Gewalt überall auf dieser Erde zur Wehr setzen. Ein Volk hat keine Zukunft, wenn Anpassung und Opportunismus, wenn feige Unterwürfigkeit und selbstgefällige Schwachheit schon bei jungen Menschen Platz greifen. Für wen gilt dies mehr als für die Deutschen in ihrem geteilten Vaterland. Wir im freien Teil unseres Landes haben die Pflicht, für das Ganze zu denken und zu sorgen. Carl Zuckmayer schrieb in jenem großen Stück "Des Teufels General", in dem er das Schicksal junger Soldaten zur Nazizeit schilderte, in jenem Stück, das uns als Schüler und Studenten am Ende der vierziger Jahre zutiefst aufgewühlt hat: "Das Gemeine zulassen ist schlimmer, als es tun." Und er fährt dann fort: "Was soll ein Mut, der nicht bekennen will? Was soll ein Glaube, den man nicht lebt? Was ist die Überzeugung, der man nicht Zeugnis steht - Blutzugnis in der Not?"

Wir, die Union, haben uns stets zur Einheit unserer deutschen Geschichte bekannt. Aber Einheit der Geschichte heißt, dass wir uns zu den Höhen und zu den Tiefen bekennen. Zu jenem Schrecklichen, das in deutschem Namen an Menschen überall in Europa zur Zeit der Nazibarbarei geschehen ist. Aber auch zu jenen Höhen, zu jenen Männern und Frauen, die es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten und die den Aufstand des Gewissens wagten. Für uns schließt die jüngere deutsche Geschichte das Schreckliche von Auschwitz, Majdanek und Treblinka mit ein, sie schließt aber auch den Grafen Stauffenberg und die Männer und Frauen des 20. Juli - des Aufstandes gegen die Hitler-Barbarei - mit ein.

Gerade weil wir zu unserer Geschichte stehen, sind wir nicht im Verdacht, uns als die Schulmeister der Geschichte aufspielen zu wollen, Richter anderer Völker zu sein. Aber wir wissen vielleicht mehr als andere, wohin die Gewöhnung an Gewalt und Terror, das Schweigen über Unmenschlichkeit und psychische Manipulation führen. Weil wir das wissen, sind wir nicht bereit, zur Tagesordnung überzugehen, wenn Menschen, um welcher Ziele auch immer, gequält und geschunden werden. Wir sind auf keinem Auge blind. Totalitarismus und Terror bleiben Unrecht, ob von Faschisten oder Kommunisten verbrochen. Wir bekämpfen

jenen Faschismus, der sich in unserem Lande zeigte und Schreckliches hervorbrachte und der heute in Chile und anderswo Menschen versklavt. Und wir bekämpfen jenen kommunistischen Totalitarismus, der mitten in Deutschland in der DDR jeden Tag erneut die Menschen unterjocht. Wir bekämpfen kompromisslos jeden Radikalismus, komme er von rechts oder von links.

Die Botschaft der Männer des 20.Juli heißt nicht, dass Widerstand oder Protest nur in kollektiven Formen Ausdruck und Erfolg finden können. Die Botschaft, für die viele ihr Leben gaben, heißt vielmehr: Es kommt aufs Ethos, es kommt auf den Glauben und es kommt auf das Verantwortungsbewusstsein des einzelnen an. Jeder von uns ist gefordert, gegen Unmenschlichkeit und Gewalt zu kämpfen. Keiner kann und darf sich damit herausreden, dass andere doch auch untätig seien und auch schweigen würden. Die Achtung der Menschenwürde fängt bei uns selbst an. Jeder von uns kann seine eigene Würde als Mensch verletzen. Die Männer des 20.Juli wussten aber auch, dass man eine totalitäre Ideologie nicht mit einer neuen Ideologie bekämpfen kann.

Wir wollen nicht, dass mitten in Europa auf das Zeitalter des Faschismus die Herrschaft des totalitären Kommunismus folgt. Als Deutsche wissen wir, wie recht Solschenizyn hat, wenn er im "Archipel Gulag" sagt, das unbegrenzt Böse werde erst durch die Ideologie möglich: "Sie ist es, die der bösen Tat die gesuchte Rechtfertigung und dem Bösewicht die nötige Härte gibt. Eine gesellschaftliche Theorie, die ihm hilft, seine Taten vor sich und vor anderen reinzuwaschen, nicht Vorwürfe zu hören, sondern Huldigung und Lob." Gerade jener schreckliche Dilettantismus einer Geschichtsphilosophie, nach der sich politisches Handeln am Gesamtbild der Geschichte orientieren müsse, hat doch dazu geführt, dass man jede Handlung und insbesondere jede Gewalttat von einer höheren Warte zu rechtfertigen versucht.

Wir alle wissen, was geschah, wenn eine politische Bewegung ihr revolutionäres Sendungsbewusstsein mit dem Anspruch umgab, dass es sich um ein angeblich objektives Gesetz der historischen Notwendigkeit handeln würde, und wenn sie daraus ihre Unfehlbarkeit ableitete. Wir alle wissen, dass dann immer ein Meer von Blut und Tränen, von Elend und Leid für die Menschen folgte. Wir sollten nicht vergessen, dass wir auch heute noch in unserer Muttersprache mitten in Deutschland jenes schreckliche Lied und Wort hören: Die Partei, die Partei, sie hat immer recht! Diesen Anspruch erhoben die Faschisten und diesen Anspruch erheben die SED und ihre kommunistischen Bruderparteien in Mittel- und Osteuropa. Der ideologische Ansatz mag unterschiedlich sein, aber das Ende ist gleich: Die Menschen werden gedemütigt und versklavt.

Beide, Faschismus und Kommunismus, sind in ihrem Ursprung und Wesen der Ausdruck des tiefen Misstrauens gegenüber dem vernunftbegabten Menschen, den wir als Träger unserer Gesellschaft sehen, jener vernunftbegabte Mensch, der für sich selbst und für die Gemeinschaft in eigener Verantwortung handeln kann. Faschismus und Kommunismus sind in ihrem Wesen auf Bevormundung des Menschen angelegt, auf die kol-

lektive Definition und Zuteilung von Glück. Sie sind Ausdruck jenes schrecklichen Irrglaubens, dass Bedürfnisbefriedigung durch die Partei gleich individuelle Glückserfahrung sei. Der Versuch, allen Menschen die gleiche Form des Lebens, das gleiche soziale System, die gleiche Doktrin, das gleiche Konzept des Glücks und den gleichen Geschmack aufzuzwingen, dieses Streben nach einer Welt, die den Versuch unternimmt, den Himmel auf Erden einzurichten, hat stets zur absoluten Hölle auf Erden geführt.

Diese Aktion Menschenrechte ist deshalb mehr als nur eine Demonstration gegen bestimmte Terrorakte. Unser Zusammentreffen hier ist auch kein Tribunal, das über andere Staaten und Völker zu Gericht sitzt, um sie für eigene Interessen zu missbrauchen. Wir sind hier, weil wir täglich erleben müssen, dass der Gedanke der Menschenrechte noch immer nicht überall anerkannt wird. Wir glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und an den Wert der menschlichen Person, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, an die Gleichberechtigung von großen und kleinen Nationen. Wir glauben an all jene Grundwerte unseres Grundgesetzes, und deswegen kämpfen wir leidenschaftlich für diese freiheitlich-liberale Grundordnung der Deutschen.

Die gleichen Ziele haben sich die Vereinten Nationen 1945 in ihrer Gründungscharta gesetzt. Die Welt ist weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Wir sind entschlossen, unseren Beitrag dazu zu leisten. Wir sind entschlossen, die Abdankung des individuellen Gewissens und des individuellen Menschen zu verhindern. Der Weg zur Vermenschlichung der Gesellschaft liegt nicht in der totalen Kritik. Er liegt im Verständnis für ihre Notwendigkeit und für das, was konkret geändert werden kann. Er liegt vor allem darin, dass wir jene Institutionen anerkennen, die die freie Welt in ihrer Geschichte geschaffen hat: die Institution der repräsentativen Demokratie, der Kontrolle durch das Parlament, der individuellen Rechte, des Minderheitenschutzes und der Meinungsfreiheit. Diese Institutionen sind die entscheidenden Voraussetzungen dafür, dass eine solche menschliche Gesellschaft überhaupt möglich ist. Dies sind die Voraussetzungen, dass auch in dieser unserer Bundesrepublik und in einem wiedervereinten deutschen Vaterland der Geist frei atmen kann. Weil dies so ist, gibt es für uns zu dieser Grundordnung der Bundesrepublik keine Alternative. Es gibt keine Alternative zum demokratisch freiheitlichen Rechtsstaat, und wir werden leidenschaftlich darum kämpfen, dass immer mehr Bürger in unserem Lande, möglichst die meisten in diesem Lande, ebenfalls sagen: Wir wollen diese Republik und gar keine andere.

Menschlichkeit ist im Zeitalter der Massengesellschaft und der Massendemokratie eine Bedingung für das Überleben. Carl Friedrich v. Weizsäcker sagt aus gutem Grund: "Die technische Welt stabilisiert sich nicht von selbst", auch wenn das Revolutionäre und Diktatoren von rechts bis links immer wieder glauben mögen. Geht die Menschlichkeit verloren, so geht die Dynamik einer vernünftigen Richtung gesellschaftspolitischer Entwicklung verloren und damit die einzige wirkliche Klammer ihrer Stabilität. Menschenrechte sind Normen, an denen wir das Ausmaß an Hu-

manität und Menschlichkeit messen können. Wir halten daran fest, dass diese Menschenrechte ihren Ursprung und ihre Gültigkeit nicht vom Staat und nicht von einer allmächtigen Partei ableiten. Dies ist selbstverständlich für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands.

Menschenrechte sind für uns angeborene, unveräußerliche Rechte des Menschen und damit Grundlage des Staates und der gesellschaftlichen Ordnung. Sie müssen jeglichem Zugriff staatlicher Gesetzgebung entzogen bleiben. Menschenrechte sind und bleiben für uns die Freiheitsrechte des einzelnen zum Schutze gegen den Staat. Sie sichern dem Bürger seine eigene, dem Zugang des Staates entzogene Freiheitssphäre. Es ist wichtig, dass wir dies immer wieder sagen, denn gerade dieses Verständnis der Menschenrechte unterscheidet uns fundamental von allen totalitären Ideologien und Philosophien, seien sie von rechts oder von links. Sie haben die Menschenrechte pervertiert, weil sie allein darüber bestimmen wollen, welches Glück die Bürger erfahren und suchen dürfen und welches nicht. Wir wollen nicht das verfügte Glück. Wir wollen die Chance des einzelnen für sein Glück. Er selbst soll sich selbst verwirklichen können.

Wenn im letzten Jahr die Regierung der DDR in ihrem Bericht an die Vereinten Nationen erklärte, sie habe die Menschenrechte erfolgreich verwirklicht, dann ist das ihr Verständnis vom totalitär begründeten Menschenrecht. Und es ist eine zynische Verhöhnung der Menschen in beiden Teilen Deutschlands. Für uns ist dies der Ausdruck eines politischen Systems, das mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl die Rechte des Menschen täglich mit Füßen tritt und verhöhnt. Wir sind nicht geneigt, aus Gründen der Opportunität des Tages darüber zu schweigen. Wer uns dann sagt, dies sei ein Ausdruck der Gesinnung des Kalten Krieges, dem kann ich nur sagen, wer sich jetzt feige wegduckt, der verliert die Verantwortlichkeit für die Zukunft unseres Landes.

Menschenrechte sind die Rechte des einzelnen. Sie sind der Politik vorgegeben und legen ihr Verpflichtungen auf. Menschenrechte können aber nicht allein von der Politik durchgesetzt werden. Die Leistung des einzelnen muss hinzukommen. Rechte ohne Pflichten haben auf Dauer keinen Bestand. Und deswegen müssen wir uns selbst befragen, ob wir als streitbare Demokraten dieser Bundesrepublik Deutschland genug getan haben, unsere Pflicht so zu sehen, wie sie zu sehen ist. Denn diese freiheitliche Demokratie lebt von der Überzeugungskraft ihrer Idee, und dann kann man nicht nur sagen: Du, Staat, ich fordere, ich erwarte, ich verlange. Dann muss man auch sagen: Du, unser Staat, ich bin bereit zu tun, zu geben und, wenn es sein muss, Opfer zu bringen. Das gehört auch zu freiheitlicher Demokratie.

Jeder von uns steht in der Pflicht, die Menschenrechte zu verwirklichen, nicht nur bei uns, sondern auch anderswo. Und deswegen lassen uns Geschehnisse in anderen Teilen der Welt - sei es in der DDR, sei es in der Tschechoslowakei, sei es in Ungarn oder der Sowjetunion, sei es in Chile oder anderswo, nicht unbeteiligt. Es ist unsere Welt, und es ist unsere Verantwortung, die wir hier zu sehen haben.

Wir kämpfen leidenschaftlich gegen Folter, Mord und psychischen Terror. Wir werden diese immer öffentlich und drastisch anprangern. Aber zu den Menschenrechten gehören auch das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Freizügigkeit und vieles andere mehr. Hier müssen wir unseren Blick schärfen. Verletzungen und Missachtungen in diesem Bereich fallen weniger auf, sind weniger spektakulär, aber sie sind auch wichtig. Nichts darf uns blind dafür machen, dass hier elementare Grundrechte bedroht sind. Und wenn ich dies alles so sage, so spreche ich nicht einem moralischen Rigorismus das Wort. Wir würden uns leichtfertiger Diskriminierung anderer Völker und Staaten schuldig machen, wenn wir nicht nur die generelle Gültigkeit der Prinzipien forderten, sondern wenn wir zugleich auch verlangten, dass die Formen ihrer Verwirklichung in allen Ländern identisch sein müssen. Wir respektieren die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Traditionen, die unterschiedlichen historischen und gesellschaftspolitischen Ausgangspositionen der Völker. Das Glück der Menschheit besteht nicht in der Uniformität der Welt, nicht in der Identität von Ideen, Charakteren und Bedürfnissen. Was wir brauchen, ist nicht die geistige Gleichförmigkeit und Identität. Im Gegenteil - wir wollen und wir brauchen Toleranz für die Verschiedenheit und für die Fähigkeit, in einer auf viele Weisen unterschiedlichen Welt friedlich miteinander zu leben.

So verstehen wir jenes wichtige Prinzip der Nichteinmischung. Es gilt universal gegenüber den Staaten der ganzen Welt. Unser Freund Pachmann sprach davon, es ist dann unerträglich, wenn bestimmte Gruppen in diesem Lande gegen Terror in Chile protestieren und gegen den Terror und die physische Gewalt in Mittel- und Osteuropa völlig blind sind. Gerade wir Deutschen sollten uns nach unserer Erfahrung in der Geschichte davor hüten, Völker und Staaten mit den Untaten einzelner Machthaber oder Regierungen gleichzusetzen. Wir sind nicht zuletzt deswegen stolz auf die Tat und die Männer des 20. Juli, weil sie der Beweis dafür sind, dass Hitler und seine Schergen mit dem deutschen Volk nicht identisch waren. Und das gilt für alle Völker dieser Erde, in Mittel- und Osteuropa, in Chile und anderswo.

Um der Menschen willen, aber auch um des Friedens willen bejahen wir dennoch notwendige Gespräche und Beziehungen mit Staaten, deren Machthaber Menschenrechte missachten. Wir haben das um der Menschen willen mit der DDR getan. Wir tun dies auch mit anderen Staaten. Aber wir tun es nicht, um einem Regime einen Dienst zu leisten, sondern um den Menschen zu helfen, die unter solchen Systemen leiden müssen. Wir müssen alle Chancen nutzen, um auf solche Regierungen einzuwirken, national wie international, damit sie den Menschen mehr Chancen für Freiheit und Menschlichkeit in ihren Ländern geben. Das ist unsere nationale Pflicht.

Der Schock des Stalinismus und des Faschismus, der Schock und die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges und dessen, was danach kam, haben zu der weltweiten Einsicht geführt, dass es nicht genügt, den Bestand der Rechte innerhalb der eigenen Grenzen zu festigen. Gemeinsam war man sich einig, die Menschenrechte zum festen Bestandteil des Völker-

rechts werden zu lassen. Gemeinsam war man der Meinung, dass es eine internationale Gesellschaft und Gemeinschaft geben müsse, die den Schutz menschlicher Freiheiten garantiert. Aus dieser großen Menschlichkeitshoffnung wurden die Vereinten Nationen geboren, wurde die Deklaration der Menschenrechte formuliert. Diese entscheidende Aufgabe ist, wenn wir es recht sehen, kein Stück vorangekommen. Sie ist jedoch auf der Tagesordnung geblieben. Die Ereignisse in allen Kontinenten seit 1945 haben gezeigt, dass wir noch lange nicht genug getan haben, wenn wir eine hervorragend formulierte Menschenrechtserklärung verabschiedet haben. Es genügt überhaupt nicht, wenn die UNO anlässlich ihrer "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" erklärt, dass diese Deklaration "das von allen Völkern und Nationen zu erreichende Ideal" sei.

Wir müssen Mittel und Wege finden, diese Menschenrechte effektiv zu machen, und zwar im weltweiten Rahmen. Wir haben jetzt eine solche Aufgabe mitten in Europa und mitten in Deutschland. Es ist die Frage nach der Politik des Friedens und der Entspannung. Wir bejahen eine Politik des Friedens und der Entspannung und der Aussöhnung. Nur dies muss eine Politik der Entspannung sein und der Abrüstung, wo die Völker wirklich aufeinander zugehen und wo wirklich abgerüstet wird und wo wir dem Frieden ein Stück näherkommen. Friede und Entspannung sind unteilbar. Sie sind nicht regional zu begrenzen. Das heißt für uns im Klartext des Jahres 1976: Die Ereignisse in Angola sind mit Entspannungspolitik unvereinbar. Wer wie die Sowjetunion in diesen Jahren aufrüstet wie nie zuvor seit Beginn der fünfziger Jahre, wer eine neue maritime Macht herstellt, um kraft seiner Marinemacht die Fackel des Krieges und des Aufruhrs in neue Kontinente zu schleudern, der muss sich befragen lassen nach seinem guten Willen in Sachen Entspannungspolitik.

Entspannungspolitik ist unvereinbar mit dem Prinzip jenes internationalen Klassenkampfes, den Leonid Breschnew in seiner Parteitagrede vor wenigen Wochen in Moskau als einen Teil seines Verständnisses von Entspannungspolitik dargestellt hat. Entspannungspolitik ist unvereinbar mit jener erklärten Politik der Sowjetunion, den ideologischen Kampf zwischen den Völkern zu verschärfen. Wer von Entspannung redet und gleichzeitig Spione in den Amtszimmern der Regierungen platziert, der meint nicht jene Entspannung, von der wir reden. Entspannungspolitik ist unvereinbar mit der Verstärkung der militärischen Konfrontation durch Aufrüstung und Veränderung des Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West durch die Sowjetunion. Entspannungspolitik setzt den Verzicht der Sowjetunion voraus, ihre Bemühungen zum Umsturz anderer Systeme fortzusetzen.

Für uns heißt Entspannungspolitik, dass sich beide Seiten die unterschiedlichen Interessen und politischen Auffassungen zugestehen und dass wir uns deswegen nicht gegenseitig verdächtigen und verteufeln. Entspannung im wahren Sinne heißt, trotz aller Gegensätze sachlich über die Differenzen verhandeln und sich bemühen, Ansatzpunkte für Verständigung und Zusammenarbeit zu finden. Was uns Sorge bereitet, ist, dass zunehmend in unserem Lande ein Ungeist umgeht, der eine Politik gutheißt, die um einer vermeintlichen Gemeinsamkeit willen gegen-

über den kommunistischen Machthabern in Mittel- und Osteuropa auf die Darstellung unserer Überzeugungen verzichtet.

Was uns Sorge bereitet, ist eine Politik, die über die Schicksalsfragen unseres Volkes, etwa über die Frage der einen deutschen Nation oder über den Bruch der Menschenrechte, nur noch mit solchen Worten und Ausdrücken zu sprechen wagt, die für die Kommunisten annehmbar sind. Wir wollen keinen Kalten Krieg, aber wir hoffen, dass wir für unsere Grundrechte offen und leidenschaftlich kämpfen können. Es dient dem Frieden nicht, wenn wir vorhandene Gegensätze künstlich verschleiern. Gegensätze löst man im privaten Leben nicht damit auf, dass man sie verschweigt. Gegensätze im Leben der Völker löst man nicht dadurch auf, daß man sie leugnet oder der öffentlichen Diskussion entzieht. Niemand dient ernsthaft dem Frieden, wenn er "um des lieben Friedens willen" sich selber und seinen geistigen Grundlagen untreu wird. Wahren Frieden kann es nur auf der Grundlage der Menschenwürde, der Freiheit und des Rechts geben. Was Menschenwürde verletzt, kann unmöglich dem Frieden dienen. Und Frieden, das ist mehr als die bloße Abwesenheit von Krieg oder Kaltem Krieg. Wirklicher Friede herrscht erst dann, wenn alle, die beteiligt sind, in Freiheit und nach gemeinsam anerkanntem Recht über ihre gegenseitigen Interessen verhandeln und ihre Konflikte auf diesem Wege austragen.

Es ist und es bleibt unsere unerschütterliche Überzeugung, dass Recht und Freiheit die Voraussetzungen eines menschenwürdigen Friedens sind. Unsere eigene Freiheit ist auf Dauer gefährdet, wenn die Mehrheit der Menschen in Unfreiheit lebt. Jenes Zeitalter Goethes ist längst vorbei, in dem man sagen konnte, wenn ferne in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen, geht einen das überhaupt nichts an. Wenn heute der Friede, die Freiheit gefährdet ist, ob in Lateinamerika, ob in Asien, in Afrika oder hier bei uns in Europa, dann ist das immer unser Friede, der mitgefährdet ist.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist vor fast zwanzig Jahren aufgebrochen, um einen neuen Anfang zu setzen. Die Männer und Frauen, die damals dieses Wagnis einer neuen politischen Gemeinschaft unternahmen, die kamen aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches. Sie kamen aus der äußeren und inneren Emigration, aus den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges und aus den zerbombten Städten und Dörfern unseres Vaterlandes. Sie sind damals zusammengekommen und haben gesagt, dies darf nie wieder passieren. Wir wollen aus der Geschichte dazulernen. Diese Generation der ersten Stunde ist in der Zwischenzeit abgetreten. Wir, die mittlere, und auch Sie, die jüngere Generation, traten an ihre Stelle. Das, was uns bewegt, ist das gleiche geblieben.

Deshalb: Kämpfen wir für die Freiheit und für die Menschenrechte! Es geht um eine große Sache, die einen hohen Einsatz verdient. Lassen Sie mich schließen mit jenem großen Wort Solschenizyns, der dazu gesagt hat: "Der Preis der Feigheit ist nur das Böse; wir ernten Mut und Sieg nur, wenn wir Opfer wagen."

*Quelle: Broschüre, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU.*